

Medienspiegel Woche 8 / 2017



Inhalt

SG / TG / Reformen / Kompetenzprofil / Andreotti Mario / Fremdsprachen / Deutsch / Sprachpflege

Tagblatt, 23.2.2017

[Lehrplan-Debatte hält an](#) 1

Tagblatt, 23. Februar 2017, 05:38

[Der sprachliche Schlendrian grassiert](#) 1

TOP ONLINE, 23.02.2017

[«Lehrplan 21»: Thurgau probt den Ernstfall](#) 3

Fremdsprachen / Initiative / Zürich / Pisa / Deutsch / Englisch / Lehrmittel

Fremdspracheninitiative Zürich, 20.2.2017

[Ja zu mehr Qualität – nur eine Fremdsprache an der Primarschule](#) 4

20. Februar 2017

[Lehrmittel ungenügend](#) 6

NZZ am Sonntag, 19.02.2017

[Verlust europäischer Kultur](#) 7

BS / Sonderpädagogik / Pfeifer Annemarie / Sprachbad / Leistungstests / Lehrmittel

BaZ, 21.2.2017

[Die Baustellen des Conradin Cramer](#) 8

Basellandschaftliche Zeitung, 22.2.2017

[Basler Grossräte wollen «Starke Schule Baselland» zuvorkommen](#) 11

Digitalisierung / Big Data / Datenschutz / Abhören / Überwachung / IT-Sicherheit

Süddeutsche Zeitung, 17. Februar 2017

[So spioniert "Cayla" Kinder aus](#) 13

Finanzen / Ausgaben / Sonderpädagogik / Arbeitsplätze / Schulreformen / Hochschulen / Bildungsbürokratie

NZZ, 17.2.2017

[Von Geld und Geist](#) 15

Schule Schweiz, 25. Januar 2016

[Sehr geehrter Herr Wolter](#) 17

Immer aktuell

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Tagblatt, 23.2.2017

Leserbrief

Lehrplan-Debatte hält an

Ausgabe vom 15. Februar

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/Lehrplan-Gegner-geben-keine-Ruhe;art120101,4904606>

Es ist den beiden Autoren des genannten Artikels zu danken, dass sie die Breite der Unruhe, welche die flächendeckende Einführung des Lehrplans 21 in weiten Teilen der Schweizer Bevölkerung mit sich gebracht hat, nicht verschweigen, sondern klar beim Namen nennen. In praktisch allen Kantonen haben Eltern, Grosseltern, erfahrene Lehrkräfte und engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger dafür gesorgt, dass das geschieht, was offenbar um alles in der Welt hätte vermieden werden sollen: dass über Sinn und Zweck dieser weitreichendsten Reform des Schweizer Schulwesens seit seinem Bestehen eine entsprechende Diskussion unter den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern stattfinden kann. Diese Diskussion ist nun in Gang gekommen, und sie wird anhalten. Nicht, weil die verschiedenen Komitees, die sich in fast allen Deutschschweizer Kantonen gebildet haben, «keine Ruhe geben» (ihre Hartnäckigkeit ist ihnen zugutezuhalten), sondern weil der Lehrplan 21 schon heute, auch dort, wo er noch nicht offiziell eingeführt ist, für viel Unruhe sorgt. Eltern sitzen Wochenende für Wochenende mit ihren verzweiferten Kindern an Aufgaben, die weder sie noch ihre Eltern verstehen. Wo der Lehrplan 21 doch so lautstark Selbständigkeit verspricht. Selbständigkeit ist eben nicht zu haben, wenn kein systematischer Stoff mehr vermittelt und sein Aufbau nicht durch viel gemeinsames Üben im Klassenverband gefestigt wird. Die klare Beantwortung einer grundsätzlichen Frage steht noch aus: Die Schweizer Volksschule genoss jahrzehntelang überall auf der Welt einen sehr guten Ruf, und zu Recht. Warum muss man ums Teufels das, was sich bewährt hat, durch nebulöse «Kompetenzen» ersetzen und die Schule neu erfinden? Um diese Frage kommen die Reform-Turbos nicht herum.

Gabriella Hunziker Kirchweg 3, 9613 Mühlrüti

<https://www.tagblatt.ch/meta/epaper/epa5822,23788,,22>

Tagblatt, 23. Februar 2017, 05:38

Ansichten

Der sprachliche Schlendrian grassiert

Mario Andreotti

In der Diskussion um den frühen Fremdsprachenunterricht ist ein wichtiges Thema fast ganz aus dem Blick geraten: die Frage nämlich, wie es eigentlich um die Deutschkenntnisse unserer Jugendlichen steht. Sind sie sprachlich gerüstet für den Eintritt ins Berufsleben, für die Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger der Schweiz? Eines Landes notabene, das ihnen durch die direkte Demokratie sehr viele Mitsprachemöglichkeiten gibt?

Im Jahre 2003 beteiligte sich die Schweiz an einer internationalen Studie der OECD, in der die Grundkompetenzen in «Lesen» und «Mathematik» erhoben wurden. An der Studie nahmen 5200 Personen zwischen 16 und 65 Jahren teil. Als 2006 die Ergebnisse der Studie bekannt wurden, staunte man: Hochgerechnet konnte man davon ausgehen, dass in der Schweiz etwa 800000 Erwachsene zwischen 16 und 65 Jahren, deren Muttersprache jeweils eine unserer vier Landessprachen ist, grosse Mühe mit dem Lesen und Schreiben haben, das heisst, selbst einfache Texte nicht verstehen und nicht schreiben können. Was das für das Schicksal jedes einzelnen Betroffenen bedeutet, kann sich ausmalen, wer überlegt, welche Rolle sprachliche Fähigkeiten in seinem eigenen Lebensalltag spielen.

Besonders deutlich wird das Problem mangelnder Sprachkompetenz bei der Lehrlingsausbildung, in den weiterführenden Schulen und Hochschulen. Lehrmeister beklagen selten, dass ihre Lehrlinge zu wenig Englisch können, sondern dass es ihnen vielmehr an grundlegenden Kenntnissen in Deutsch und Mathematik fehle. Das ist umso bedeutungsvoller, als rund 60 Prozent aller Berufe weder eine zweite Landessprache noch Englisch verlangen, mündliche und schriftliche Deutschkenntnisse hingegen zum Berufsalltag der meisten Berufe gehören und Voraussetzung für eine Weiterbildung sind. Hier steht die Schule in der Pflicht: Es ist ein offenes Geheimnis, dass die andauernden Schulreformen der letzten Jahrzehnte das Schwergewicht im Deutschunterricht zu wenig auf gründliches Erlernen von Grammatik, Stilistik und Rechtschreibung gelegt haben. Dieser unerfreuliche Zustand wird sich mit dem Lehrplan 21 nicht verbessern, sondern im Gegenteil noch verfestigen. In unsern Schulen wird der Deutschunterricht mit allen möglichen lebenskundlichen und politischen Themen überfremdet, so dass für das Kerngeschäft, das Einüben von Sprachkompetenz, kaum mehr Zeit bleibt. So sind Jugendliche mündlich oft bewandert, können sich bestens präsentieren, aber schriftliche Texte, etwa Aufsätze oder Bewerbungen, bekommen sie nur fehlerhaft hin.

Und die Lehrkräfte? Als Examinator bei der Ergänzungsprüfung für den Hochschulzugang habe ich immer wieder Einblick in korrigierte Aufsätze. Und immer wieder muss ich feststellen, dass so manche Lehrer zahlreiche Formfehler übersahen oder zumindest ungeahndet liessen. Der Schlendrian scheint längst auch auf viele Unterrichtende übergegriffen zu haben. Entweder beherrschen sie gewisse Grammatikregeln selber nicht mehr oder fürchten, zu viel Rotstift könnte Jugendliche in ihrer Kreativität hemmen.

Sprachpflege, wie sie eine lange, bis ins 17. Jahrhundert zurückreichende Tradition hat, ist heute verpönt. Und das im Zuge der Reformpädagogik auch in unsern Schulen, die täglich mit und an der Sprache arbeiten sollten. Selbst unter Deutschlehrern finden sich Leute, die Grammatik für einen vernachlässigbaren Aspekt ihres Faches halten. Sie argumentieren dann gerne, Sprache sei ein Mittel der Kommunikation und als solches halt dem Wandel unterworfen. Sprachverhunzung wird dann nur allzu oft mit Sprachwandel verwechselt. Es ist schon fast eine Binsenwahrheit: Formale Richtigkeit fördert das Denken. Verschiedene Verbformen zu erkennen, eingeschobene Nebensätze durch Kommas zu trennen oder Eigennamen gross zu schreiben, hat nichts mit langweiligem Pauken zu tun, sondern damit, Strukturen der Sprache zu verstehen. Und das ist heute notwendiger denn je, soll uns die Sprache als wichtigstes Werkzeug erhalten bleiben.

<http://www.tagblatt.ch/intern/meinungen/meinung/Der-sprachliche-Schlendrian-grassiert:art120369,4911552>

«Lehrplan 21»: Thurgau probt den Ernstfall

nha Der Kanton Thurgau probt die Einführung des «Lehrplan 21». Der Regierungsrat hat grünes Licht für einen Schulversuch mit erweiterten Zeugnisnoten gegeben. Neu erhalten die Schüler nicht nur noch ein Zeugnis, sondern auch eine zusätzliche Bewertung.

Im Kanton Thurgau gilt es bald ernst. Denn: Der Kanton probt die Einführung des «Lehrplan 21». Dies teilt die Thurgauer Regierung mit. Der Regierungsrat hat somit grünes Licht für einen Schulversuch mit erweiterten Zeugnisnoten gegeben.

Dieser dauert ab dem Schuljahr 2017/2018 drei Semester lang. Danach wird ausgewertet, ehe dann der Regierungsrat darüber entscheidet. Der Versuch soll vor allem helfen, Erfahrungen für den «Lehrplan 21» zu sammeln.

Während dem Schulversuch erhalten die Thurgauer Schüler nicht nur noch ein Zeugnis, sondern auch eine zusätzliche Bewertung – ein sogenanntes Kompetenzprofil in Deutsch und Mathematik. Die Kosten für den Versuch belaufen sich laut Mitteilung auf rund 30'000 Franken.

<http://www.toponline.ch/thurgau/detail/art/lehrplan-21-thurgau-probt-den-ernstfall-001726210/?m=1%2F&cHash=ff0a1fd694bd3b9f0183d806c6046980>

Ja zu mehr Qualität – nur eine Fremdsprache an der Primarschule

Am 21. Mai 2017 findet die Abstimmung über die Fremdspracheninitiative statt. Worum geht es dabei?

Antworten auf häufig gestellte Fragen

Wie nachhaltig ist das frühe Lernen zweier Fremdsprachen?

Völlig unbefriedigend. Bei der zweiten Fremdsprache erreicht nur ein Drittel der Sechstklässler die Bildungsziele.

Was hat früher Fremdsprachenunterricht mit der Qualität der Primarschule zu tun?

Wenig. Die Fixierung auf das frühe Sprachenlernen lenkt von andern wichtigeren Aufgaben ab.

Stimmt es, dass viele Kinder eine frühe Fremdsprache mit Erfolg lernen?

Der Anfangsunterricht im Englisch gelingt meistens. Zwei frühe Fremdsprachen sind aber für die meisten Schüler zu viel.

Kinder lernen doch Sprachen spielerisch. Verbauen wir ihnen nun eine Chance?

Nein. Kleine Kinder lernen spielerisch, aber nicht die Schüler der Mittelstufe.

Verhindert die Initiative das erfolgreiche Lernen von Englisch und Französisch?

Nein. Der Zeitpunkt des Einstiegs ist nicht entscheidend. Oberstufenschüler lernen schneller.

Lassen wir die Sprachbegabten verkümmern?

Auch für Begabte ist es wichtig, zuerst richtig Deutsch und die erste Fremdsprache sorgfältig zu lernen.

Warum wurden die Versprechungen bezüglich des frühen Sprachenlernens nicht eingelöst?

Die zweite Fremdsprache kommt für die meisten zu früh.

Kommen andere Fächer zu kurz?

Ja, vor allem in der Lehrerbildung, wo Naturwissenschaften, Informatik und Geschichte stiefmütterlich behandelt wurden.

Ist die Volksinitiative nicht sehr rückwärtsgewandt?

Nein, überhaupt nicht. Sie ist praxisnah und fordert ein effizienteres Sprachenkonzept.

Warum überzeugt das bisherige Sprachenkonzept nicht?

Wenn zwei Drittel der Schüler die gesteckten Ziele eines Fachs nicht erreichen, ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Ist die Fremdspracheninitiative das Werk von Reformverhinderern?

Nein. Es sind die Lehrerverbände, die aus pädagogischen Gründen die Notbremse gezogen haben.

Warum setzt sich die Erziehungsdirektorenkonferenz so vehement für das frühe Sprachenlernen ein?

Weil das Eingeständnis eines teuren Fehlkonzepts die Glaubwürdigkeit der EDK tangiert.

Hat sich die Bildungspolitik in der Fremdsprachenfrage verrannt?

Ja, ganz klar. EDK und Pädagogische Hochschulen verteidigen ein Konzept, das längst gescheitert ist.

Weichen die Initiativgegner einer pädagogischen Auseinandersetzung aus?

Offensichtlich ja. Sie argumentieren primär mit der Angst, dass Englisch zu spät eingeführt werden könnte.

Wird der Kanton Zürich zur fremdsprachlichen Insel?

Kaum, denn andere Kantone werden sich Zürich anschliessen.

Hanspeter Amstutz

<http://www.fremdsprachen-initiative-zuerich.ch/index.php>

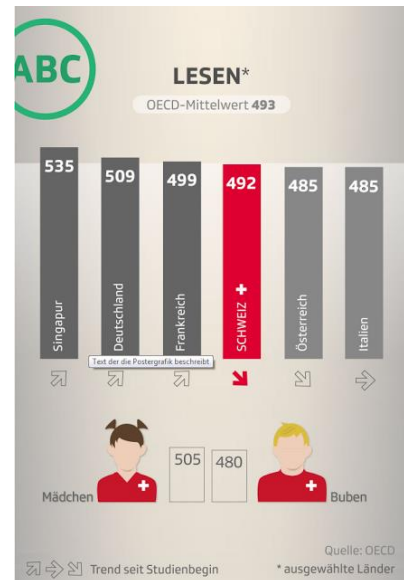
Lehrmittel ungenügend

Jeder fünfte Schulabgänger hat Mühe, einen Text zu verstehen.
Wenig erstaunlich, findet eine Expertin.

- Beim **Leseverständnis** schneiden Schweizer Schüler seit der ersten Pisa-Studie von 2000 **mittelmässig** ab.
- Die **Reformen im Bildungswesen**, die nach dem Pisa-Schock eingeführt wurden, haben bisher **wenig Wirkung**, wie der letzte Pisa-Test zeigt.
- Didaktik-Professorin Claudia Schmellentin sieht vor allem **Verbesserungspotenzial bei den Lehrmitteln und im Fachunterricht**.

Bessere Schulbücher braucht das Land, SRF, 20.2.

"Mit Deutschunterricht allein ist es nicht getan",
Echo der Zeit, 20.2.



«Mit Deutschunterricht allein lernen Schüler das Verstehen von Texten nicht wirklich», sagt Claudia Schmellentin. Die Professorin für Deutschdidaktik ist überzeugt, dass es dazu auch den Fachunterricht braucht. Nur wenn auch Biologie, Mathematik oder Geschichte verständlich vermittelt würden, erlangten die Schüler die gewünschte Sicherheit beim Lesen.

Pisa-Reformen wirkungslos

Nach dem ersten Pisa-Schock im Jahr 2000 lancierte die Konferenz der Erziehungsdirektoren einen Aktionsplan, der laut Schmellentin aber wenig Wirkung gezeigt hat.

«Man wollte zu schnelle Lösungen. Es war zu wenig untermauert. Man kann nicht einfach sagen: «Jetzt ist jeder Fachunterricht auch Sprachunterricht». So passiert nicht viel.»

Lehrmittel greifen zu hoch

Ein weiteres Problem ortet Schmellentin bei den Schulbüchern, von denen viele schlecht seien. Die Deutsch-Didaktikerin hat kürzlich eine Studie fertiggestellt, die untersucht, wie verständlich Biologie-Lehrbücher für Sekundarschüler sind. Dabei habe sie festgestellt, dass «die Lehrmitteltex te weit höhere Kompetenzen erfordern, als sie bei Schülerinnen und Schülern vorhanden sind.»

Und dabei wären es nur kleine Kniffe, mit denen man die Lehrmitteltex te verbessern könnte, wie Schmellentin betont. So seien Fachbegriffe nicht erklärt, es gebe viele Fremdwörter und anderes Unverständliches. Oft fehlten einfachste Verständnishilfen, wie etwa Verweise auf Abbildungen, die in den meisten Schulbüchern fehlten. «Es sind kleine Dinge, die dem Schüler helfen würden.»

Es bräuchte nicht viel

Deshalb hat Schmellentins Team die untersuchten Tex te im zweiten Teil der Studie umgeschrieben. Bildbezüge wurden eingefügt, Begriffe erklärt oder besser erklärt und mit Fragen ergänzt, die das Verstehen anregen sollen. Die Test-Schüler schlossen dann im Leseverständnis besser ab.

Aus den Erkenntnissen der Studie entwickelten Schmellentin und ihr Team Tipps für Lehrmittela utoren, wie sie ihre Tex te an die «Verstehensmöglichkeit der Lernenden» anpassen könnten.

Lehrplan 21 als Chance

Jetzt sei ein sehr guter Moment, um Lehrmittel genauer anzuschauen, sagt Schmellentin. Mit dem neuen Lehrplan 21 wird sich bei den Schulbüchern ohnehin viel verändern und Verlage wie auch Autoren hätten dafür offene Ohren.

Mit guten Schulbüchern allein sei es allerdings nicht getan, schränkt Schmellentin ein. Um das Leseverständnis der Schüler zu verbessern, seien die Fachlehrer selbst ebenso stark gefordert. «Das geht nicht von einem Tag auf den andern. Es ist schon viel gemacht worden, aber wir haben noch viele Schritte zu tun.»

Schwächen im Schulsystem sind also noch immer stark mitverantwortlich dafür, dass es für viele Schüler beim Lesen oft einfach nicht weiter geht im Text.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/02/lehrmittel-ungenugend.html#more>

Verlust europäischer Kultur

Die Hegemonie des Englischen marginalisiert alle anderen europäischen Wissenschaftssprachen und missachtet das kulturelle Erbe des Kontinents, schreibt Hans Kobel.

Der seit geraumer Zeit laufende, exklusive Umstieg auf die Wissenschaftssprache Englisch (fortan EO, «English only») hat bei weitem nicht nur Vorteile, sondern auch sehr viele Nachteile. Darüber hat diese Zeitung am vergangenen Sonntag berichtet. Über die tiefgreifenden Konsequenzen, welche die EO-Politik aber für den Wissens- und Kulturhaushalt ganz Europas bedeutet, diskutieren auch Fachleute viel zu wenig.

Aus der Perspektive eines Romanisten und damit eines Vertreters eines geisteswissenschaftlichen Faches, das sich mit der Gesamtheit aller romanischen Sprachen und Kulturen befasst, bedarf die geführte Diskussion einer Ergänzung. Die Romanistik existiert seit mehr als 150 Jahren und ist noch immer an fast allen Universitäten in Deutschland, Österreich und der Schweiz vertreten. Darüber hinaus sind meine Bemerkungen aber auch für alle anderen Philologien, die Historiken, die ästhetischen Wissenschaften und wohl auch für die Philosophie relevant. Ich fasse diese in vier Punkten zusammen.

- EO betrifft bei weitem nicht nur das Deutsche, sondern ausnahmslos alle anderen nichtenglischen Wissenschaftssprachen Europas. Es handelt sich somit um einen Vorgang von paneuropäischer Relevanz. Die hier auf Deutsch vorgetragenen Einwände werden telquel auch in Frankreich, Italien oder Spanien artikuliert. Leider ist dieser Parallelismus vielen Anti-EO-Diskutanten nicht hinreichend klar. Es wäre daher empfehlenswert, entsprechende Querverbindungen bzw. «Schulterschlüsse» herzustellen.
- Der Siegeszug von EO ist untrennbar mit der faktischen und ideellen Marginalisierung aller nichtenglischen Sprachen Europas und – was leider häufig übersehen wird – auch der darin niedergelegten Wissensinhalte (jüngeren und älteren Datums) verbunden. Wenn es also so etwas wie ein polyglottes Wissens-, Kultur- und Geisteserbe Europas gibt – und daran kann wohl niemand zweifeln –, so bedeutet die mit EO verbundene Zunahme der Geringschätzung (bis hin zur Unkenntnis) aller nichtenglischen Sprachen auch ein progressives mentales Abrücken von diesem gesamteuropäischen Kulturerbe, bis hin zu dessen Vergessen.
- Das zum Siegeszug gewordene Vorrücken von EO ist in Europa weitgehend hausgemacht und beruht auf der Gefolgschaft der hiesigen Eliten, inner- und ausserhalb der Universitäten. Die von diesen zur Implantierung bzw. Verteidigung von EO vorgebrachten Argumente besetzen ein relativ enges Spektrum (wie globale Sichtbarkeit usw.) und haben sich in der Form eines gruppenspezifischen Habitus verfestigt. Somit existiert bereits eine klare Dichotomie zwischen den monoglott englisch – aber dafür weltweit – kommunizierenden «Weltkindern» und den alteuropäisch-polyglott schreibenden (und lesenden!) «Hinterwäldlern».
- Diese habitusbasierte Engpassführung und Verhärtung schränkt nicht nur – ganz besonders in den Geisteswissenschaften – den allgemeinen Wissenschaftsbetrieb sprachlich, thematisch und funktionell ein, sondern konditioniert darüber hinaus in ganz entscheidender Form die Heranbildung und das berufliche Weiterkommen des wissenschaftlichen Nachwuchses; und zwar durch die obligatorische Vorgabe von sprachlichen und kommunikativen Normen, die direkt auf EO beruhen. Daran beteiligt sind neben den Universitätsleitungen die nationalen Wissenschaftsfonds (wie Schweizerischer Nationalfonds, Deutsche Forschungsgemeinschaft und der österreichische Wissenschaftsfonds FWF), diverse Ranking-Agenturen sowie viele Verlage und Zeitschriften.

Von ihnen allen wird dem Nachwuchs direkt oder indirekt vermittelt, dass EO karrierefördernd ist, hingegen praktizierte Mehrsprachigkeit «nichts bringt». Damit wächst die Gefahr, dass für die wissenschaftliche Pflege der verschiedenen Bereiche und Sektoren des überkommenen vielsprachigen Kulturerbes Europas eines Tages die nötigen Kompetenzen fehlen.

BaZ, 21.2.2017

Die Baustellen des Conradin Cramer

Der

Basel. Stadt. Land. Region.

Basler Zeitung | Dienstag, 21. Februar 2017 | Seite 19

Frage des Tages

Macht das bargeldlose Zahlen an den Parkuhren in Basel Sinn?

Wer in Basel mit Euros die Parkuhren füttert, zahlt weniger. Braucht es deshalb das bargeldlose Zahlen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Sollen Lehrgänger vermehrt eine Chance erhalten?



Die Baustellen des Conradin Cramer

Fehlende Integration, überfüllte Schulhäuser, Uni-Financen: Den neuen Erziehungsdirektor erwartet viel Arbeit

Das Ringen um die Zukunft der Universität

Die grösste Herausforderung für den neuen Regierungsrat ist die offene Finanzierung der Universität Basel. Bis Ende Jahr muss Conradin Cramer die Weichen für die Zukunft der bikanalonalen Hochschule stellen. Anfang 2018 nämlich müssen sich die Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Land mit der Universität über den neuen Leistungsauftrag geeinigt haben. Dabei haben die beiden Regierungen im Rahmen des 2015 besiegelten 80-Millionen-Deals bereits vereinbart, dass das Restdefizit der Universität geringer ausfallen muss als bisher. Basel-Land hat dazu eine konkrete Vorgabe gemacht: 25 Millionen weniger als im laufenden Jahr sollen es sein – das laufende Jahr war das bisher teuerste. Die Leistungsvereinbarung muss nach Abschluss der Verhandlungen in beiden Parlamenten Mehrheiten finden. Sie gilt für die nächsten vier Jahre. Für die Zeit danach zeichnet sich ab, dass die beiden Basel den laufenden Staatsvertrag über die Universität erneuern. Dabei steht insbesondere der Finanzierungs Schlüssel zwischen den beiden Kantonen zur Debatte. ☐

Behinderte Kinder in Normalklassen

Die aufwendigste Baustelle von Erziehungsdirektor Conradin Cramer dürfte die integrative Schulung sein. Lehrerinnen und Lehrer in den Primar- und Sekundarschulen stöhnen unter der Last, Verhaltensauffällige sowie körperlich und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam in der Klasse mit unauffälligen oder gar hochbegabten Kindern unterrichten zu müssen. Sie erhalten zwar Verstärkung durch Heilpädagoginnen und ein Heer von Spezial-Lehrkräften, doch dies bringt oft mehr Unruhe als Entlastung. In den Schulzimmern ist es manchmal so laut, dass Schüler unter Konzentrations-schwierigkeiten leiden. Annemarie Pfeifer von der EVP hat denn auch den ersten Anzug an die Adresse des neuen Bildungsdirektors eingereicht. Sie möchte, dass die Schwächen dieses neuen Schulmodells behoben werden. Ausserdem solle der Regierungsrat mithilfe einer Studie aufzeigen, ob sich die integrative Schule überhaupt bewährt. Weiter solle abgeklärt werden, welche Folgen der erhöhte Stress auf das Wohlergehen der Lehrkräfte habe. ☐

Der Bedarf an Schulraum steigt

Conradin Cramer wird auch an der Schulsituation noch schwer arbeiten müssen. Zwischen 2012 und 2020 wird der Kanton 790 Millionen Franken in die Sanierung und Neuerstellung von Schulhäusern stecken. Kürzlich stellte sich jedoch heraus, dass dieses Geld nicht reichen wird. So steht man mitten in der zweiten Planungsphase. Vorgehen ist ein neues Sekundarschulhaus für rund 60 Millionen Franken und eines für die Primarschule für rund 35 Millionen Franken. Wie Simon Thiriet, Pressesprecher des Erziehungsdepartements, sagt, sei noch nicht klar, wo diese gebaut werden sollen. Dem Finanzkommissionsbericht für das Budget 2017 ist zu entnehmen, dass der Bedarf an Schulraum im Entwicklungsgebiet Klybeck noch offen ist. Anzunehmen ist, dass auch mit zwei zusätzlichen Schulhäusern der Bedarf noch nicht gedeckt ist. Nur schon im Klybeck und auf dem Felix-Platter-Areal entstehen in absehbarer Zeit Hunderte neue Wohnungen, was zusätzlichen Bedarf an Schulräumen nach sich zieht. ☐

Der Lehrplan 21 in der Umsetzungsphase

Als erster und damals einziger Kanton arbeitet Basel-Stadt seit August 2015 mit dem Lehrplan 21. Während sich nur einzelne Basler Lehrer offen dagegen aussprachen, bekam das neue Regelwerk in den Reihen der Politik, Wissenschaftler und auswertigen Lehrkräfte immer mehr Gegner. Zu normierend, zu standardisierend, urteilten sie. Es finde ein Paradigmenwechsel Richtung Ökonomie der Schule statt. Acht Jahre lang hatten 200 Experten an dem Werk geschraubt. Herausgekommen ist das wohl aufwendigste Bildungspapier, das das hiesige Schulwesen je gesehen hat. 470 Seiten stark mit 2304 Kompetenzstufen, welche die Schüler im Lauf ihres Weges erreichen sollen. Doch in mehreren Kantonen sind die Lehrplan-Gegner in Volksabstimmungen gescheitert. Dabei herrscht die vorgängige Meinung, dass der Lehrplan nicht eins zu eins umgesetzt werden muss. So wird sich Conradin Cramer vor allem mit der individuellen Umsetzung des Lehrplans durch die Pädagogen beschäftigen müssen. ☐

Die umstrittenen neuen Sammelfächer

Basel-Stadt hat zwar den Lehrplan 21 längst eingeführt, auch in den Sekundarschulen. Doch was aus den neuen Sammelfächern des Lehrplans 21 wird, ist noch immer offen. Denn für «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und «Natur und Technik» gibt es noch keine ausgebildeten Lehrkräfte und auch noch keine Lehrmittel. Deshalb unterrichten weiterhin Geschichts-, Geografie-, Chemie-, Physik- und Biologielehrerinnen und -lehrer. Doch irgendwann muss Conradin Cramer das Provisorium in eine solide Lösung überführen, denn die Schülerinnen und Schüler brauchen das Rüstzeug für die weiterführenden Schulen. Nicht ganz ausgeschlossen werden kann allerdings, dass Basel-Stadt auf den seinerzeitigen Entscheid zugunsten der Sammelfächer zurückkommt. Die Nachbar Kantone Basel-Land und Aargau werden nämlich den Lehrplan 21 ohne die neuen Sammelfächer einführen. Im Sinne der einst angestrebten Harmonisierung wird sich der Basler Erziehungsdirektor deshalb nochmals dieser Debatte stellen müssen. ☐



Arbeit wartet. Gut anzupacken und richtig zu entscheiden ist in den kommenden Jahren für Conradin Cramer wichtiger als gut auszusehen. Foto: Kristian Morris

«Schö bari Fronse» – das neue Sprachbad

Immer mehr Fachleute bezweifeln, dass die von sechs Kantonen gemeinsam gestaltete Einführung von Frühfremdsprachen mit einer neuen Methode sinnvoll ist. So musste in Bern der Grammatikteil der Aufnahmeprüfung für das Gymnasium gestrichen werden, da die Schüler noch kaum Verben konjugieren können. Basel war nur deshalb nicht mit diesem Problem konfrontiert, weil bei den freiwilligen Prüfungen fürs Gymnasium kein Französisch, sondern nur Deutsch und Mathematik abgenommen wird. Die schlechten Französischkenntnisse der heutigen Schüler liegen nicht zuletzt an der neuen Lernmethode des Projekts Passepartout. Diese vernachlässigt Grammatik und Vokabeln. In der Praxis werden den Schülerinnen und Schülern Originaltexte vorgesetzt, deren Bedeutung sie oft nicht verstehen. Auch Fehler machen ist Teil des Konzepts. So schreiben die Kinder anfangs «schö», ohne dass dies berichtigt wird. Die mangelnden Kenntnisse müssen dann Gymnasiallehrer oder Eltern nachträglich ausbügeln. ☐

Einheitliche Checks sollen Standards sichern

Mit der Einführung des Kompetenzkatalogs des Lehrplans 21 werden die Leistungstests für die Volksschule zentral. Die Kantone Aargau, Solothurn, Basel-Land und Basel-Stadt haben gemeinsam die Einführung von sogenannten Checks zum Ende der dritten, sechsten, achten und neunten Klassen beschlossen. Damit sollen die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Bildungsraum Nordwestschweiz überprüft und verglichen werden. Doch der Bildungsraum Nordwestschweiz steckt in der Krise, und damit auch die gemeinsamen Leistungstests. Noch werden die Checks weiterhin grösstenteils durchgeführt, doch ein Abschlussbericht für die vier Kantone ist seit 2014 keiner mehr erschienen. Zurzeit hat Basel-Stadt den Vorsitz im Bildungsraum Nordwestschweiz. Zu Conradin Cramers Aufgaben gehört es, sich um die Zukunft des Bildungsraums zu kümmern. Auch um die Checks. Immerhin wurde den KMUs versprochen, die Schulen würden ihre Abgänger nach einheitlichen Standards prüfen. ☐

Verpflichtungen des Harnos-Konkordats

Der Kanton Basel-Stadt hat die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule unterschrieben. Basel-Stadt erfüllt dabei fast alle Verpflichtungen des Harnos-Konkordats. Nicht Harnos-konform ist in Basel-Stadt einzig der Übertritt ins Gymnasium, der gemäss Harnos schon nach dem 10. Schuljahr (der Kindergarten wird mitgezählt) erfolgen sollte. Doch im Vergleich zu anderen Kantonen muss sich Conradin Cramer bei der Harmonisierung-Fortschritten wenig Sorgen machen. Eine nächste Bilanz planen die Kantone 2019. Koordinationsdefizite bestehen vor allem bei den Sprachen, wo Basel-Stadt aber alle vereinbarten Eckwerte einhält. Offen ist allerdings, ob die angestrebten gleichwertigen Kompetenzniveaus für Englisch und Französisch erreicht werden. Das wird erst überprüfbar sein, wenn die ersten Jahrgänge mit der neuen Regelung die Schule verlassen. Noch nicht sehr weit sind die Kantone – auch Basel-Stadt – bei der im Konkordat vereinbarten Koordination der Lehrpläne und Lehrmittel. ☐

Der teure Umbau der St. Jakobshalle

Die St. Jakobshalle aus dem Jahr 1975 bedurfte einer dringenden Sanierung. Lange haben Politik und der Kanton Basel-Stadt abgewartet, ob man sich für einen Neubau oder eine Sanierung entscheiden soll. Aus praktischen und finanziellen Gründen hat man sich schliesslich für die Sanierung und Modernisierung nach den Plänen von Berrel Berrel Kräutler in Zusammenarbeit mit Degelo Architekten Basel eingeleitet. Der Umbau kostet über 100 Millionen Franken, ein Neubau wäre auf 165 Millionen zu stehen gekommen. Entstanden ist mittlerweile das Vordach, das bis zur Tramstation ragt und später auch das luftige und helle Foyer beherbergen wird. Dort wird sich dann auch der Hauptzugang befinden. Das Strassenniveau soll über den neu geschaffenen Platz bis ins Gebäude geführt werden. Die grosse Herausforderung ist, die Bauarbeiten mit verschiedenen Events zu koordinieren, die während dieser Zeit dennoch stattfinden. Die Bewährungsprobe ist geglückt. Ende 2018 soll die umgebaute St. Jakobshalle bezugsbereit sein. ☐

Sorgen um die Kunsteisbahn Margarethen

Conradin Cramer hat auch die Probleme der Baseltbieter Schlittschuhläufer und Eishockey-Clubs geerbt. In den kommenden zwei Jahren gilt es, eine kantonale Eisstrategie zu erarbeiten. Nötig ist diese, weil die Kunsteisbahn Margarethen seit Jahren ein Problemkind ist. Es ist noch nicht lange her, seitdem die Eisbahn, die auf Baseltbieter Boden steht, nur mit einer provisorischen Bewilligung des Chemieinspektors Basel-Land betrieben werden konnte. Zu Sorgen Anlass gegeben hatte die Ammoniak-Kühlanlage. Inzwischen ist die Anlage repariert und für fünf Jahre bewilligt. Ob sie noch so lange weiterbetrieben wird, ist offen. Denn Basel-Stadt hat die St. Jakob-Arena übernommen und ist damit im Besitz einer alternativen Eisbahn, die den Vereinen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden kann. Ausserdem gibt es noch die privat betriebene Eisfläche im Egelsee. Der Entscheid wird schwierig, denn das Gundelwäldli wehrt sich. Mit einer Petition kämpfen die Quartierbewohner um den Fortbestand der Kunsteisbahn Margarethen. ☐

Lehrplan 21 in der Umsetzungsphase

Als erster und damals einziger Kanton arbeitet Basel-Stadt seit August 2015 mit dem Lehrplan 21. Während sich nur einzelne Basler Lehrer offen dagegen aussprachen, bekam das neue Regelwerk in den Reihen der Politik, Wissenschaftler und auswärtigen Lehrkräfte immer mehr Gegner. Zu normierend, zu standardisierend, urteilten sie. Es finde ein Paradigmenwechsel Richtung Ökonomisierung der Schule statt. Acht Jahre lang hatten 200 Experten an dem Werk geschraubt. Herausgekommen ist das wohl aufwendigste Bildungspapier, das das hiesige Schulwesen je gesehen hat. 470 Seiten stark mit 2304 Kompetenzstufen, welche die Schüler im Lauf ihres Weges erreichen sollen. Doch in mehreren Kantonen sind die Lehrplan-Gegner in Volksabstimmungen gescheitert. Dabei herrscht die vorgängige Meinung, dass der Lehrplan nicht eins zu eins umgesetzt werden muss. So wird sich Conradin Cramer vor allem mit der individuellen Umsetzung des Lehrplans durch die Pädagogen beschäftigen müssen. ffl

Die umstrittenen neuen Sammelfächer

Basel-Stadt hat zwar den Lehrplan 21 längst eingeführt, auch in den Sekundarschulen. Doch was aus den neuen Sammelfächern des Lehrplans 21 wird, ist noch immer offen. Denn für «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und «Natur und Technik» gibt es noch keine ausgebildeten Lehrkräfte und auch noch keine Lehrmittel. Deshalb unterrichten weiterhin Geschichts-, Geografie-, Chemie-, Physik- und Biologielehrerinnen und -lehrer. Doch irgendwann muss Conradin Cramer das Provisorium in eine solide Lösung überführen, denn die Schülerinnen und Schüler brauchen das Rüstzeug für die weiterführenden Schulen. Nicht ganz ausgeschlossen werden kann allerdings, dass Basel-Stadt auf den seinerzeitigen Entscheid zugunsten der Sammelfächer zurückkommt. Die Nachbarkantone Baselland und Aargau werden nämlich den Lehrplan 21 ohne die neuen Sammelfächer einführen. Im Sinne der einst angestrebten Harmonisierung wird sich der Basler Erziehungsdirektor deshalb nochmals dieser Debatte stellen müssen. td

Verpflichtungen des Harmos-Konkordats

Der Kanton Basel-Stadt hat die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule unterschrieben. Basel-Stadt erfüllt dabei fast alle Verpflichtungen des Harmos-Konkordats. Nicht Harmos-konform ist in Basel-Stadt einzig der Übertritt ins Gymnasium, der gemäss Harmos schon nach dem 10. Schuljahr (der Kindergarten wird mitgezählt) erfolgen sollte. Doch im Vergleich zu anderen Kantonen muss sich Conradin Cramer bei den Harmonisierungs-Fortschritten wenig Sorgen machen. Eine nächste Bilanz planen die Kantone 2019. Koordinationsdefizite bestehen vor allem bei den Sprachen, wo Basel-Stadt aber alle vereinbarten Eckwerte einhält. Offen ist allerdings, ob die angestrebten gleichwertigen Kompetenzniveaus für Englisch und Französisch erreicht werden. Das wird erst überprüfbar sein, wenn die ersten Jahrgänge mit der neuen Regelung die Schule verlassen. Noch nicht sehr weit sind die Kantone – auch Basel-Stadt – bei der im Konkordat vereinbarten Koordination der Lehrpläne und Lehrmittel. td

Behinderte Kinder in Normalklassen

Die aufwendigste Baustelle von Erziehungsdirektor Conradin Cramer dürfte die integrative Schulung sein. Lehrerinnen und Lehrer in den Primar- und Sekundarschulen stöhnen unter der Last, Verhaltensauffällige sowie körperlich und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam in der Klasse mit unauffälligen oder gar hochbegabten Kindern unterrichten zu müssen. Sie erhalten zwar Verstärkung durch Heilpädagogen und ein Heer von Spezial-Lehrkräften, doch dies bringt oft mehr Unruhe als Entlastung. In den Schulzimmern ist es manchmal so laut, dass

Schüler unter Konzentrationsschwierigkeiten leiden. Annemarie Pfeifer von der EVP hat denn auch den ersten Anzug an die Adresse des neuen Bildungsdirektors eingereicht. Sie möchte, dass die Schwächen dieses neuen Schulmodells behoben werden. Ausserdem solle der Regierungsrat mithilfe einer Studie aufzeigen, ob sich die integrative Schule überhaupt bewährt. Weiter solle abgeklärt werden, welche Folgen der erhöhte Stress auf das Wohlergehen der Lehrkräfte habe. ffl

Der Bedarf an Schulraum steigt

Conradin Cramer wird auch an der Schulhaussituation noch schwer arbeiten müssen. Zwischen 2012 und 2020 wird der Kanton 790 Millionen Franken in die Sanierung und Neuerstellung von Schulhäusern stecken. Kürzlich stellte sich jedoch heraus, dass dieses Geld nicht reichen wird. So steht man mitten in der zweiten Planungsphase. Vorgesehen ist ein neues Sekundarschulhaus für rund 60 Millionen Franken und eines für die Primarschule für rund 35 Millionen Franken. Wie Simon Thiriet, Pressesprecher des Erziehungsdepartements, sagt, sei noch nicht klar, wo diese gebaut werden sollen. Dem Finanzkommissionsbericht für das Budget 2017 ist zu entnehmen, dass der Bedarf an Schulraum im Entwicklungsgebiet Klybeck noch offen ist. Anzunehmen ist, dass auch mit zwei zusätzlichen Schulhäusern der Bedarf noch nicht gedeckt ist. Nur schon im Klybeck und auf dem Felix-Platter-Areal entstehen in absehbarer Zeit Hunderte neue Wohnungen, was zusätzlichen Bedarf an Schulräumen nach sich zieht. ffl

«Schö barl Fronse» – das neue Sprachbad

Immer mehr Fachleute bezweifeln, dass die von sechs Kantonen gemeinsam gestaltete Einführung von Frühfremdsprachen mit einer neuen Methode sinnvoll ist. So musste in Bern der Grammatikteil der Aufnahmeprüfung für das Gymnasium gestrichen werden, da die Schüler noch kaum Verben konjugieren können. Basel war nur deshalb nicht mit diesem Problem konfrontiert, weil bei den freiwilligen Prüfungen fürs Gymnasium kein Französisch, sondern nur Deutsch und Mathematik abgenommen wird. Die schlechten Französischkenntnisse der heutigen Schüler liegen nicht zuletzt an der neuen Lernmethode des Projekts Passepartout. Diese vernachlässigt Grammatik und Vokabeln. In der Praxis werden den Schülerinnen und Schülern Originaltexte vorgesetzt, deren Bedeutung sie oft nicht verstehen. Auch Fehler machen ist Teil des Konzepts. So schreiben die Kinder anfangs «schö», ohne dass dies berichtigt wird. Die mangelnden Kenntnisse müssen dann Gymnasiallehrer oder Eltern nachträglich ausbügeln. ffl

Einheitliche Checks sollen Standards sichern

Mit der Einführung des Kompetenzenkatalogs des Lehrplans 21 werden die Leistungstests für die Volksschule zentral. Die Kantone Aargau, Solothurn, Baselland und Basel-Stadt haben gemeinsam die Einführung von sogenannten Checks zum Ende der dritten, sechsten, achten und neunten Klassen beschlossen. Damit sollen die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Bildungsraum Nordwestschweiz überprüft und verglichen werden. Doch der Bildungsraum Nordwestschweiz steckt in der Krise, und damit auch die gemeinsamen Leistungstests. Noch werden die Checks weiterhin grösstenteils durchgeführt, doch ein Abschlussbericht für die vier Kantone ist seit 2014 keiner mehr erschienen. Zurzeit hat Basel-Stadt den Vorsitz im Bildungsraum Nordwestschweiz. Zu Conradin Cramers Aufgaben gehört es, sich um die Zukunft des Bildungsraums zu kümmern. Auch um die Checks. Immerhin wurde den KMUs versprochen, die Schulen würden ihre Abgänger nach einheitlichen Standards prüfen. td

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=19&articleid=71319>

Integrative Schule**Basler Grossräte wollen «Starke Schule Baselland» zuvorkommen**

von Nicolas Drechsler



Bei der integrativen Schule ist neben der Lehrkraft oft auch eine Heilpädagogin im Schulzimmer.
archivbild

Das Komitee «Starke Schule Baselland» schießt auch in den Stadtkanton. Hier wollen nun Grossräte Korrekturen am Schulsystem anbringen, bevor es Initiativen hagelt.

«Ich habe bereits im Dezember angefangen, meinen Vorstoss zu schreiben», sagt Annemarie Pfeifer, Grossrätin der EVP. Sie will ihre Kritik an der Integrativen Schule nicht als reine Reaktion auf das Komitee «Starke Schule» verstanden wissen, welche das Bildungssystem grundsätzlich umgestalten, respektive zurückwandeln will. Aber: «Ich denke schon, dass wir nötige Justierungen am System machen sollten, bevor uns Baselbieter alles über den Haufen werfen.»

Die Kritik Pfeifers und ihrer Mitunterzeichner aus allen Fraktionen richtet sich auch nicht gegen Sammelfächer oder Ähnliches. Sie strebt Verbesserungen bei der Integrativen Schule an. Also am System, dass grundsätzlich alle Kinder zusammen die Schule besuchen sollen. Auch Kinder mit einer Hochbegabung, oder physisch oder psychisch behinderte Kinder. Der Zeitpunkt sei ideal, nun, da ein neuer Bildungsdirektor – Conradin Cramer (LDP) – angefangen habe, einige Korrekturen daran anzubringen. «Von allen Kantonen im Sonderpädagogik-Konkordat geht Basel-Stadt am weitesten», sagt Pfeifer. Und meint, mit diesem Maximum sei man wohl über das Ziel hinausgeschossen. Es sei nicht richtig, dass alle Förderstunden während des Regelunterrichts abgehalten werden.

Sorge um Angebote

«Ich erlebe immer wieder Eltern, die sich beklagen, ihr Kind verpasse so den regulären Unterricht und sei dadurch sozusagen doppelt benachteiligt», sagt die Psychologin. Es gehe in den Unterrichtsstunden dadurch auch viel zu unruhig zu und her «wie in einem Bahnhof». Ein Kind habe Förderunterricht, eines einen Termin bei einem Heilpädagogen und die anderen sässen in der Mathestunde. Pfeifer befürchtet auch, dass die speziellen, gewachsenen Strukturen ausserhalb der Schulen darunter so stark leiden würden, dass sie geschlossen werden müssen. So wie etwa die Gehörlosen- und Sprachheilschule, die sie in Gefahr sieht. Und das Angebot dieser Spezialschulen gehe weit darüber hinaus, was man an der Regelschule mit ein paar Extrastunden leisten könne. «Auch wenn sich die Teams hervorragend einsetzen». Die Sorge um die Spezialschulen war auch im Grossen Rat in den vergangenen Debatten ein Dauerbrenner.

Pfeifer und ihre Mitunterzeichner fordern deshalb zu allererst eine weitere Evaluation der Integrativen Schule. Eine erste hatte 2014 stattgefunden. Man solle dabei aber nicht nur darauf achten, wie es den Kindern mit einer Einschränkung oder einer Hochbegabung gehe, sondern auch die Entwicklung beim Lernerfolg der «normalen» Schüler genau beobachten.

Ein zweites Anliegen der Anzugsteller ist ein Vergleich mit den anderen Kantonen im Konkordat Sonderpädagogik. Wer schult wann wen in eine Regelklasse ein, wie viele ausserschulische Angebote gibt es, was hält man dort von den in Basels System verpönten Einführungsklassen für schwache Schülerinnen und Schüler?

Und zu guter Letzt folgt auch ein Vorschlag, wie man den Schulalltag beruhigen könnte, etwa durch sogenanntes «Teamteaching», also die Unterrichtsgestaltung durch mehrere Lehrer oder Pädagoginnen.

Für Pfeifer und Konsorten ist eine Einschränkung des integrativen Ansatzes kein Tabu. Ganz im Gegensatz zum offiziellen Credo des Erziehungsdepartementes, das auf seiner Internetpräsenz schreibt: «Die Integrative Schule nimmt alle Kinder auf. Oder anders formuliert: Sie schliesst kein Kind aus.» Pfeifer würde diese Gegensätze gerne überbrücken, bevor von jenseits der Birs die Breitseiten von Initiativen abgefeuert werden, für die das Komitee «Starke Schule» bekannt wurde.

<http://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/basler-grossraete-wollen-starke-schule-baselland-zuvorkommen-130997905>

So spioniert "Cayla" Kinder aus



In Deutschland illegal: die Spionage-Puppe "Cayla".

Die sprechende Puppe verrät so viel über ihre Besitzer, dass die Bundesnetzagentur sie verbietet. Die Tonaufnahmen der Kinder fließen an ein Unternehmen, das sammelt, was Millionen Menschen sagen.

Von Jannis Brühl

Die Puppendämmerung hat begonnen, und Kindertränen werden fließen. In Deutschland müssen alle verkauften Exemplare von "My Friend Cayla", der Puppe mit den blonden Haaren und den blauen Augen, zerstört werden, oder zumindest ausgeweidet. So will es die Bundesnetzagentur. Caylas Innenleben besteht aus Mikrofon und Funktechnik. Deshalb können ihre jungen Besitzerinnen mit ihr sprechen: "Cayla, wollen wir Freunde sein?" - "Wir sind doch schon Freunde." Aber alles, was Caylas Mikro erfasst, kann auch weitergesendet werden - weshalb sie nun als "versteckte, sendefähige Anlage" [eingestuft worden ist](#), als illegales Spionagegerät.

Dass Cayla ein Spion ist, sieht man nicht, weil sie Daten kabellos ans Smartphone überträgt. Immer mehr [Spielzeuge](#) werden mit dem Internet verbunden und von künstlicher Intelligenz unterstützt. Ist Abhörtechnik getarnt, ist sie illegal. Einfuhr, Besitz und Verkauf sind verboten. Ein Sprecher der Bundesnetzagentur sagt: "Das kann auch ein Aschenbecher sein oder ein Feuermelder." Grundlage des Verbots ist eine Art Anti-James-Bond-Paragraf im Telekommunikationsgesetz. Eine einfache Überwachungskamera ist legal, weil jedem bewusst ist, dass sie aufzeichnet. Ein Kugelschreiber dagegen, der Gespräche mitschneidet und weiterleitet, ist ein Fall für die Bundesnetzagentur.

Zwar könnten Anwesende erkennen, wenn Cayla sendet, betont das die Puppe vertreibende Unternehmen Vivid, weil dann ihre Halskette leuchtet. Doch die Funktion lässt sich [einem Rechtsgutachten](#) der Universität des Saarlandes zufolge ausschalten und funktioniert nicht mit allen Smartphones. Und das Leuchten hilft auch denen nicht weiter, die gar nichts von dem Mikro wissen. Vivid Deutschland war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Caylas Konkurrentin "Hello Barbie", mit der Kinder ebenfalls sprechen können, ist juristisch dagegen wohl keine versteckte Spionage-Anlage. Sie nimmt nicht heimlich auf, Kinder müssen dazu einen Knopf an ihrem Gürtel gedrückt halten. Trotzdem haben Datenschützer [auch gegen die sprechende Barbie Bedenken](#).

"Caylas App fragt unglaublich viele Daten ab"

Cayla wird vom Unternehmen Genesis gebaut. Die Kinderstimmen, die die Puppe aufnimmt, landen auf den Servern des US-Konzerns Nuance Communications. Der sammelt und analysiert Abermillionen biometrischer "Fingerabdrücke", also Stimmprofile. Stellen Kinder Cayla eine Frage, wird sie erfasst, gegoogelt und die Antwort von der Puppe verkündet - nachdem unanständige Wörter herausgefiltert worden sind. [Nuance](#) bietet seine Dienste [auch Militär und Geheimdiensten an](#). IT-Anwalt Peter Hense sagt: "Caylas App fragt unglaublich viele Daten ab, inklu-

sive Adressbuch des Handys. Es gibt überhaupt keine Datenschutzerklärung, die auf die Spracherkennungsbiometrie hinweist." Hense hat Cayla zu Demonstrationszwecken im Gepäck, wenn er Vorträge über [Datenschutz](#) hält.

Die Netzentur hat Verkaufsstellen angewiesen, die Puppe aus dem Angebot zu nehmen. Sie ruft Eltern auf, Caylas Spionagetechnik zu zerstören, schließlich ist es strafbar, eine getarnte Abhöranlage zu besitzen. Und sie bittet darum, den "Vernichtungsnachweis" auf ihrer Website auszufüllen. "Wir haben aber nicht vor, Verwaltungsverfahren gegen Konsumenten zu starten", sagt ein Sprecher. Staatsanwälte könnten allerdings aktiv werden, wie vor zehn Jahren wegen der "Teddycam", die in Plüschbären eingebaut war. Der Homeshopping-Sender, der sie vertrieb, musste einen Rückruf starten. "Wer es nicht zurückgab, hatte ein Strafverfahren an der Backe", sagt Hense.

Cayla war zwei Jahre auf dem Markt, bevor die Behörde einschritt. Erst das Gutachten des Jura-Studenten Stefan Hessel von der Uni des Saarlandes löste die Prüfung aus. Hessel findet die Intelligenz der Puppe übrigens nur mäßig: "Wenn Sie Cayla fragen, was Deutschland ist, liest sie den Wikipedia-Eintrag vor: ‚Deutschland ist ein föderal verfasster Staat in Mitteleuropa ...‘ Damit kann doch kein Kind etwas anfangen."

<http://www.sueddeutsche.de/digital/verbotenes-spielzeug-so-spioniert-die-puppe-cayla-kinder-aus-1.3383387>

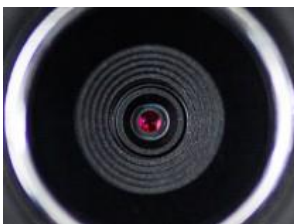
Mehr zum Thema



[Überwachung im Kinderzimmer](#)
[Netzentur ruft Eltern auf, Puppe "Cayla" zu zerstören](#)



[Digitales im Kinderzimmer](#)
[Was Eltern bei vernetztem Spielzeug beachten sollten](#)



[IT-Sicherheit](#)
[Warum überkleben so viele Menschen ihre Webcam?](#)

Der Chef des FBI tut es, Mark Zuckerberg auch. Sind die paranoid? Nein, die Bedrohung ist real.

NZZ, 17.2.2017

Schweizer Bildungswesen

Von Geld und Geist

von Marc Tribelhorn

Angesichts knapper Finanzen kommt auch das Bildungssystem unter Druck: Wieso etwa steigt die Zahl der Beschäftigten in Erziehung und Unterricht immer weiter, obwohl die Schülerzahlen gesunken sind?

Bildung sei unser einziger Rohstoff, predigen Politiker von links bis rechts. Und sie liegen damit sicher nicht falsch. So wurde im letzten Vierteljahrhundert kräftig geklotzt: Laut dem Bundesamt für Statistik verdoppelten sich die öffentlichen Bildungsausgaben in der Schweiz zwischen 1991 und 2014 von 18,6 auf 36 Milliarden Franken. Während das Kostenwachstum lange parallel zu den öffentlichen Gesamtausgaben verlief, ist seit 2008 sogar eine Beschleunigung zu beobachten. Diese Investitionen in die eigenen Köpfe und damit in die Zukunft des Landes waren wenig umstritten, solange der Wirtschaftsmotor brummte. Doch seit sich die Finanzlage von Gemeinden, Kantonen und Bund verschlechtert hat, steht auch das teure Bildungssystem wieder zur Disposition. Es droht allenthalben der Sparhammer. Die Gretchenfrage der kommenden Jahre lautet: Kann die öffentliche Hand weniger Geld ausgeben, ohne Abstriche bei der Qualität zu machen?

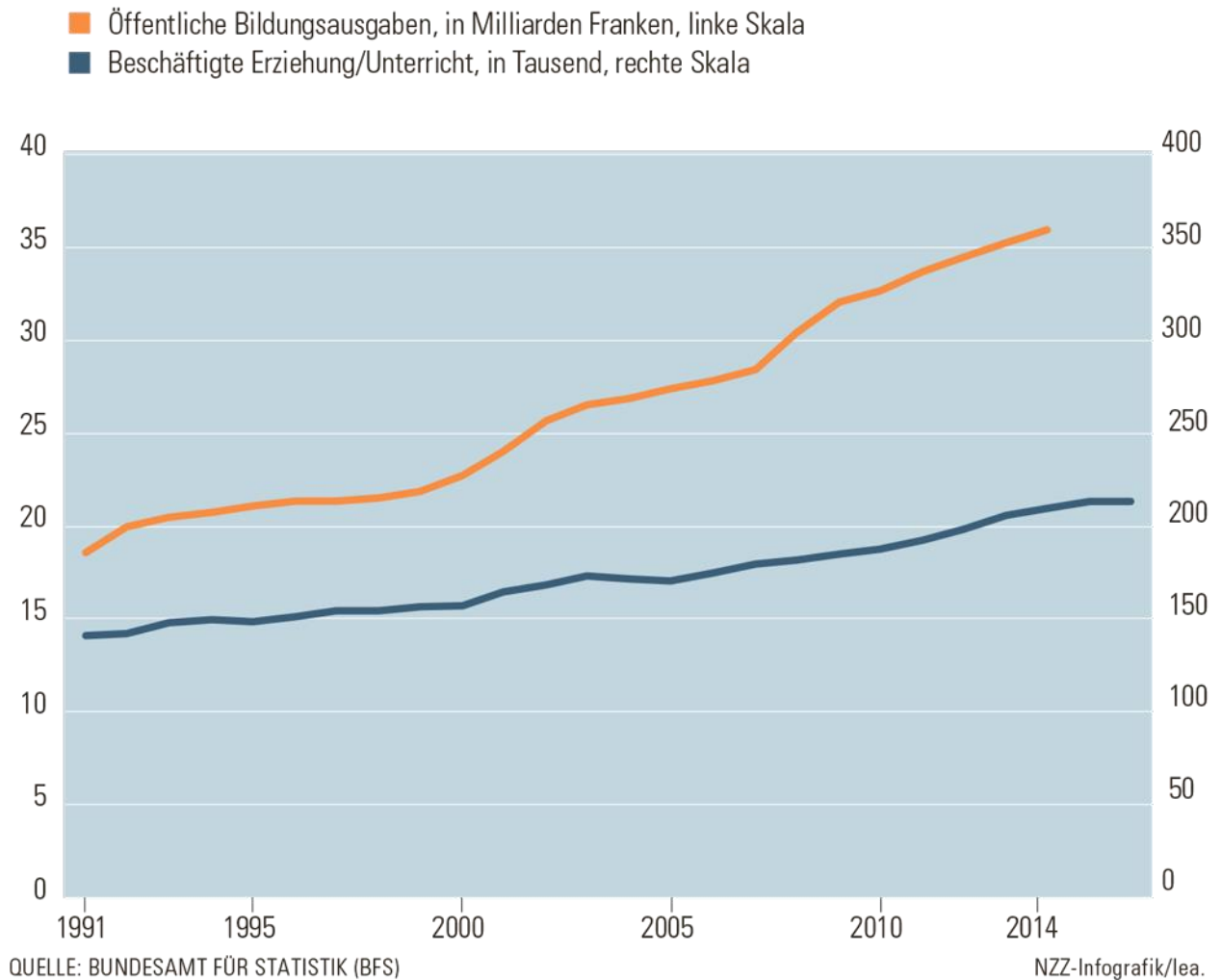
Teure Sonderpädagogik

Wer im statistischen Dickicht nach den Kostentreibern sucht, wird schnell fündig: Die Anzahl der Beschäftigten im Bildungssektor ist markant gestiegen. Gab es 1991 in Erziehung und Unterricht noch rund 139 000 Arbeitsplätze, waren es Ende 2016 bereits 214 000 (in 100-Prozent-Stellen gerechnet). Damit und mit den in verschiedenen Kantonen leicht angehobenen Lehrerlöhnen lässt sich zumindest ein Teil des Wachstums erklären, schliesslich macht die Besoldung der Lehrkräfte rund 50 Prozent der gesamten Bildungsausgaben aus. Das Problem ist indes komplex.

So hatte etwa der demografische Wandel, der ab den 1990er Jahren gesamtschweizerisch zu tieferen Schülerzahlen geführt hat, nicht automatisch weniger Stellen im Bildungswesen zur Folge. Laut dem Bildungsökonom Stefan Wolter seien vielerorts einfach die Klassen verkleinert worden, was keine Einsparungen gebracht habe. Im Gegenteil: «In den Gemeinden, in denen es immer weniger Schüler gibt, sorgt die Nichtschliessung von Schulen und Klassen für viel höhere Pro-Kopf-Kosten.» Aus Sicht der Lehrer sei der Wunsch nach kleineren Klassen zwar nachvollziehbar, doch gebe es keine Indizien, dass sich leicht grössere Klassen negativ auf die Schülerleistungen auswirkten.

Im Zuge der Schulreformen seien zudem die Tagesstrukturen ausgebaut sowie im Bereich der sonderpädagogischen Massnahmen viele neue Stellen geschaffen worden. Wolter spricht in diesem Zusammenhang auch von einer «angebotsinduzierten Nachfrage». Soll heissen: Je mehr Sonderpädagogen an Schulen eingesetzt werden, desto häufiger werden auch Diagnosen gestellt und Förderprogramme für Schüler bereitgestellt. Gemäss Statistik ist ausserdem der Bereich der tertiären Bildung, welche die Hoch- und Fachhochschulen umfasst, in den letzten Jahrzehnten massiv ausgebaut worden, was sich nicht zuletzt in den Personaletats spiegelt. So ist allein zwischen 2004 und 2013 die Anzahl der Vollzeitstellen auf der Tertiärstufe von 10 000 auf über 15 000 gestiegen.

Kostentreiber Bildung



Silvia Steiner, die neue Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz, erwähnt als kostentreibende Faktoren ebenfalls die Universitäten, den Aufbau der Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen sowie die Einführung der Berufs- und der Fachmaturität. Das Resultat sei jedoch erfreulich: «Die Leute sind heute besser ausgebildet.» 1995 habe die Anzahl der Abschlüsse auf der Tertiärstufe noch 22 Prozent betragen, 2014 waren es bereits 50 Prozent.

Diffuse Bildungsbürokratie

Geht es um die steigenden Kosten, verweisen Kritiker gerne auch auf die «Bildungsbürokratie», die sich überproportional ausgebreitet habe – mit Monitorings und immer neuen Reformen. Empirisch belegen lässt sich dies aber nicht, wie Stefan Wolter festhält. Ohnehin sei das Sparpotenzial in diesem Bereich vernachlässigbar. Zum Vergleich: Die Pisa-Studie kostet pro Jahr eine Million Franken, die obligatorische Schule im gleichen Zeitraum 20 Milliarden Franken.

<https://www.nzz.ch/schweiz/schweizer-bildungswesen-von-geld-und-geist-ld.146116>

Sehr geehrter Herr Wolter

Die Aussagen des [Bildungsökonom Stefan Wolter in der Sonntagszeitung](#) provozieren Reaktionen. So meldet sich Michael Weiss, Geschäftsführer des Basellbieter Lehrervereins LVB, zu Wort. Er wirft Wolter unter anderem vor, das Kostenwachstum im Bildungswesen nicht differenziert genug zu betrachten.

Antwort an Stefan Wolter, 25.1. von Michael Weiss

Sehr geehrter Herr Wolter

Die Sonntagszeitung hat gestern Resultate einer von Ihnen durchgeführten Umfrage veröffentlicht, in der Sie demonstriert haben, welche Auskünfte über die Bildungsausgaben man der Bevölkerung geben muss, damit diese sie mehrheitlich ablehnt. Leider macht es den Anschein, dass Sie darauf verzichtet haben, die Befragten differenziert über das Kostenwachstum an der Volksschule zu informieren. Ich möchte Sie daher fragen, ob Sie sich bewusst sind, dass

a) im von Ihnen genannten Zeitraum (die letzten 10 Jahre) die Kosten der Sonderschulung von der IV an die Kantone übertragen wurden und ein wesentlicher Teil der angeblichen Kostensteigerung schlicht eine Verlagerung an eine andere Kostenstelle darstellt?

b) in diesem Zeitraum massiv in die sogenannte Bildungsharmonisierung (HarmoS, Lehrplan 21, Frühfremdsprachen und den daraus resultierenden Bedarf nach Weiterbildungen und neuen Lehrmitteln) sowie die integrative Schulung investiert wurde, deren Mehrwert tatsächlich einmal ökonomisch hinterfragt werden müsste? Allein im Kanton Baselland (ca. 250'000 Einwohner) wurden dafür auf Kantonsebene rund 65 Millionen Franken ausgegeben, die Kosten der Gemeinden (z.B. für neue Schulhäuser, um die neu der Primarstufe zugeordnete 6. Klasse aufzunehmen) dürften noch deutlich höher sein (Basel-Stadt hat beispielsweise rund 500 Millionen in neue Schulhausbauten investiert).

c) die Kosten im tertiären Bildungssektor (Universitäten, Fachhochschulen) noch weitaus stärker angestiegen sind als in der Volksschule?

Mit Ihrer Betrachtungsweise, die zumindest in den Medien völlig undifferenziert daherkommt, heizen Sie, selbst wenn das vielleicht gar nicht Ihre Absicht ist, eine Stimmungsmache an, welche geeignet ist, einmal mehr diejenigen für die Misere verantwortlich zu machen, die seit Jahrzehnten mit stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen und wachsenden Aufgaben konfrontiert sind, nämlich die Lehrerinnen und Lehrer.

Die realen Zustände an Schweizerischen Volksschulen machen es möglich, dass

- das Materialbudget pro Schüler und Schuljahr in einer Primarschule etwa 10 Fr. beträgt
- Schwimmunterricht aufgrund verschärfter Vorschriften nur noch durchgeführt werden kann, wenn Eltern die Lehrperson freiwillig und unentgeltlich begleiten
- in Räumen unterrichtet wird, die im Sommer 40°C heiss und im Winter 15°C kalt werden
- einem in einer basellandschaftlichen Schule aus den Schubladen und Schränken Mäuse entgegenspringen
- für teures Geld moderne Lehrmittel angeschafft werden, die sich aber dann nicht wie vorgesehen einsetzen lassen, weil die vorausgesetzte IT-Infrastruktur nicht vorhanden ist
- im Krankheitsfall eine Lehrperson beauftragt wird, zwei Klassen in zwei Schulzimmern gleichzeitig zu beaufsichtigen

Diese Liste liesse sich beliebig verlängern.

Von einem Universitätsprofessor, der selbst durchaus ebenfalls Teil des Problems der steigenden Bildungskosten ist, erwarte ich etwas mehr als ein populistisches Volksschul-Bashing, und das wäre eine differenzierte Analyse, wo an den Volksschulen tatsächlich Geld aus dem Fenster geworfen wird, und wo es nicht einmal mehr für elementare Grundbedürfnisse reicht. Das wäre dann tatsächlich ein nützlicher Erkenntnisgewinn.

Mit freundlichen Grüssen

Michael Weiss, Geschäftsführer und Vizepräsident Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/01/sehr-geehrter-herr-wolter.html>